

Stellungnahme

zum: "Antrag Bad Pyrmont INTAKT/Unsere Stadt: Kostenübernahme für die Nutzung der Öffis durch PyrmontCard 365 Inhaber"

unsere Entscheidung: Ablehnung

Begründung:

1. **Zuständigkeit beim Landkreis:**

Die Verantwortung für den öffentlichen Nahverkehr liegt beim Landkreis Hameln-Pyrmont. Eine finanzielle Beteiligung der Stadt würde diese Zuständigkeit verschieben und langfristig den Haushalt der Stadt mit einer neuen unnötigen freiwilligen zusätzlichen Aufgabe belasten. Für die gleichzeitig erhobene Forderung nach eine Einbeziehung auch der Pyrmonter Bergdörfer wäre zudem nicht nur der Landkreis Hameln-Pyrmont, sondern auch der Landkreis Holzminden betroffen.

2. **Finanzielle Tragweite:**

Die im Antrag genannte Summe von 80.000 € reicht definitiv nicht aus. Der Hinweis auf eine finanzielle Beteiligung des Staatsbades ist nachweislich falsch; es hat noch nicht einmal eine Kontaktaufnahme mit dem Staatsbad stattgefunden.

3. **Ungleichbehandlung:**

Die Kostenübernahme für eine spezifische Zielgruppe – in diesem Fall PyrmontCard 365-Inhaber – führt dazu, dass alle Steuerzahler diese Gruppe einseitig entlasten würden. Im übrigen käme es bei dieser Umsetzung zu einer weiteren Ungleichbehandlung, da nur die Bürger und Bürgerinnen der Kernstadt und der Bergdörfer profitieren sollen. Was ist mit den Einwohnern und Einwohnerinnen vom Hagen oder aus Löwensen und Thal?

4. **Haushaltsprioritäten:**

Angesichts der angespannten Haushaltslage müssen die verfügbaren Mittel vorrangig für Pflichtaufgaben und zentrale Projekte, insbesondere für nachhaltige Investitionen, eingesetzt werden, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Freiwillige Leistungen wie die Finanzierung eines ÖPNV-Angebots für eine begrenzte Zielgruppe sind rein konsumtive Ausgaben, die schnell verpuffen und keinen nachhaltigen Nutzen für die Stadt leisten.

5. **Alternative Ansätze:**

Statt einer direkten Kostenübernahme sollten alternative Lösungen geprüft werden, die die Mobilität im gesamten Stadtgebiet fördern. Beispielsweise könnte die Stadt ihre Zusammenarbeit mit dem Landkreis und den Verkehrsbetrieben intensivieren, um allgemeine Verbesserungen im ÖPNV zu erreichen.

Fazit:

Die Gruppe CDU/Küppers FDP lehnt den Antrag als rein populistisch ab, da er weder finanziell nachhaltig noch gerecht für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt ist. Die Zuständigkeit für den ÖPNV muss weiterhin beim Landkreis verbleiben, und die Stadt sollte sich auf Maßnahmen konzentrieren, die allen zugutekommen.